



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 02/2026

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften des dbb rheinland-pfalz
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb arbeitnehmersvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- e) dbb-Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb-Ehrenvorsitzende
- c) dbb-Ehrenmitglieder
- d) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 20.01.2026
he/-

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch

dbb Landesleitung zu Gast bei der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz

„Beamten-Bashing ist eine Erzählung gegen den Staat und muss aufhören.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem gewerkschaftspolitischen Austausch vor der Landtagswahl traf die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz am 19.01.2026 zusammen mit der Vorsitzenden der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz, Pia Schellhammer.

Gegenstand des Austauschs waren die gewerkschaftlichen Forderungen aus den jeweils einstimmig verabschiedeten Hauptvorstandentscheidungen vom Oktober 2025:

- Einkommensforderungen zur Ländertarifrunde im öffentlichen Dienst (TV-L)
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst
- Forderungen zur Sicherung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Bundesland
- Forderung zur Sicherung des Beamtenstatus

Die Gesprächsparteien stimmten darin überein, dass die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Nachwuchs- und Fachkräfte ein empfindliches Gut ist und dass ein gehaltmäÙiges Schritthalten des öffentlichen Landesdienstes im Vergleich zur Wirtschaft und speziell zum öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen in diesem Zusammenhang erforderlich ist.

Die dbb Delegation erläuterte die gewerkschaftlichen Kernforderungen „7 Prozent mehr, mindestens 300 Euro monatlich“ und definierte den Tarifabschluss für Bund und Kommunen vom Frühjahr 2025 als Mindestmaßstab in der laufenden Tarifrunde der Länder. Speziell erläutert wurde die Forderung nach stufengleichem Aufstieg auch im Landesdienst. Am Beispiel der leistungsorientierten Bezahlung wurde dargelegt, dass die Länderarbeitgeber mangels Umsetzung hier schon jährlich zwei Prozent der Entgeltsumme nicht ausgeben und damit laufend einen Betrag sparen, der gut für die Erfüllung aktueller gewerkschaftlicher Tarifforderungen eingesetzt werden könnte.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende äußerte Verständnis für die Tarifforderungen und unterstrich, dass die Fraktion auch den jüngsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenalimentation (in Berlin) kenne und als maßgeblich für die Fortentwicklung des Besoldungs- und Versorgungsrechts in Rheinland-Pfalz ansehe.

Ausgehend von den Ergebnissen der aktuellen dbb Umfrage zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem öffentlichen Dienst stellten beide Gesprächsparteien fest, dass das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwinde. Dem müsse man aktiv entgegen treten.

Entschieden verurteilten beide Gesprächsparteien Anfeindungen sowie Gewalt gegen öffentlich Bedienstete und Amtsträger, gegen Angehörige von Rettungsdiensten, gegen Pflegepersonal und insbesondere gegen Personal an Schulen.

Der fürsorgenden Dienstherrn und öffentlichen Arbeitgeber haben hierbei die Pflicht zu stetigen Verbesserungen der Instrumentarien und Verfahren, so die Gesprächsparteien übereinstimmend.

Es schloss sich ein bildungs- und gesellschaftspolitischer Diskurs an zur Lage an den Schulen. Gewerkschaftliche Vorschläge wurden erörtert wie etwa die konsequente Etablierung multiprofessioneller Teams, Ausweitung der Schulsozialarbeit, Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle für Gewalt an Schulen, stärkere Förderung von Präventionsarbeit und Verfahrensbeschleunigung bei der Verhängung von Sanktionen.

Allgemein kritisch gesprochen wurde darüber, dass oft die Erziehungsverantwortung von der Familie auf die Schule verschoben wird.

Gewerkschaftlich geworben wird hier für eine geregelte Vorschulzeit mit qualifizierter Vorbereitungsbetreuung bzw. für eine Grundschuleingangsphase.

Die Grünen haben im Landtagswahlkampf bildungspolitische Forderungen erarbeitet, die sie in Kürze vorstellen werden.

Nicht dazu gehören wird das Postulat nach kleineren Klassen an den Schulen. Pia Schellhammer begründete dies mit mangelnder haushaltsmäßiger und praktischer Umsetzbarkeit.

Bestätigt wurde, dass die zuweilen zu beobachtende elterliche Vollkasko mentalität auch für die Grünen ein großes gesellschaftliches Problem darstellt. Die Schulen seien eben kein Reparaturbetrieb für mangelnde erzieherische Auseinandersetzung mit einem Kind.

Zur Finanz- und Sachausstattung des öffentlichen Landesdienstes trugen die dbb Vertreter vor, dass keine gesellschaftliche Aufgabe auf Dauer bewältigt werden könne, wenn ihre Erfüllung an strukturellem Personalmangel, unzureichenden Ressourcen und damit an völlig überlasteten Beschäftigten scheitert. Es brauche gute Arbeitsbedingungen und ganz besonders eine ausreichende Finanzierung als Grundvoraussetzungen für motivierte Beschäftigte.

Es geht nicht nur um faire Besoldung und Tarifentwicklung, sondern auch um Personalaufbau in Engpassbereichen, moderne Ausstattung, Qualifizierungsmöglichkeiten und Planungssicherheit für die Verwaltungen und Einrichtungen

Der Beamtenstatus ist ein dabei unverzichtbarer Pfeiler einer leistungsfähigen, demokratisch verfassten, rechtsstaatlichen und rechtssicheren Verwaltung.

Für die Grünen ist Beamten-Bashing eine Erzählung gegen den Staat. Neiddebatten werden in diesem Zusammenhang oft mit Demokratiezweifeln verbunden und sind deshalb schlecht. Beide Gesprächsparteien waren sich einig: Das muss aufhören.

Für die Grünen nahm neben Pia Schellhammer auch Fraktionsgeschäftsführerin Friederike Greeb teil.

Die dbb Delegation bestand aus der Landeschefin Lilli Lenz, den stellv. Landesvorsitzenden Robert Tophofen und Lars Lamowski sowie dem Landesgeschäftsführer Malte Hestermann. Die Gespräche sollen auch nach der Landtagswahl in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Lilli Lenz
Landesvorsitzende